



# PIRATEN PARTEI

Bremerhaven

HALLO ZUKUNFT.  
GOODBYE, STEINZEIT.

## WAHLPROGRAMM 2019

- ANGST
- PIRATEN
- STILLSTAND

# Wahlprogramm Piratenpartei Bremerhaven 2019

## Vorwort

In Bremerhaven sind in den letzten Jahren viele falsche Entscheidungen getroffen worden, welche die Piraten leider nicht verhindern konnten.

Hierzu gehören u.a. der Verkauf der Stadtwerke ebenso wie der Bau des Hafentunnels, die Planung des OTBs, der Verkauf der Entsorgungsbetriebe oder das Chaos um die Gesundheitsversorgung rund um den Verkauf der DRK-Kliniken.

Wir treten an, um eine lebenswerte, offene Stadt zu ermöglichen, in der die Einwohner mitentscheiden, in welche Richtung es politisch und gesellschaftlich mit der Stadt gehen soll.

Wir setzen uns ein für ein soziales Miteinander aller Einwohner, für Chancengleichheit und eine offene Verwaltung ein.

Politik und Stadtverwaltung sind für die Einwohner da, sie sind Dienstleister für die Gemeinschaft und setzen sich für alle Einwohner ein.

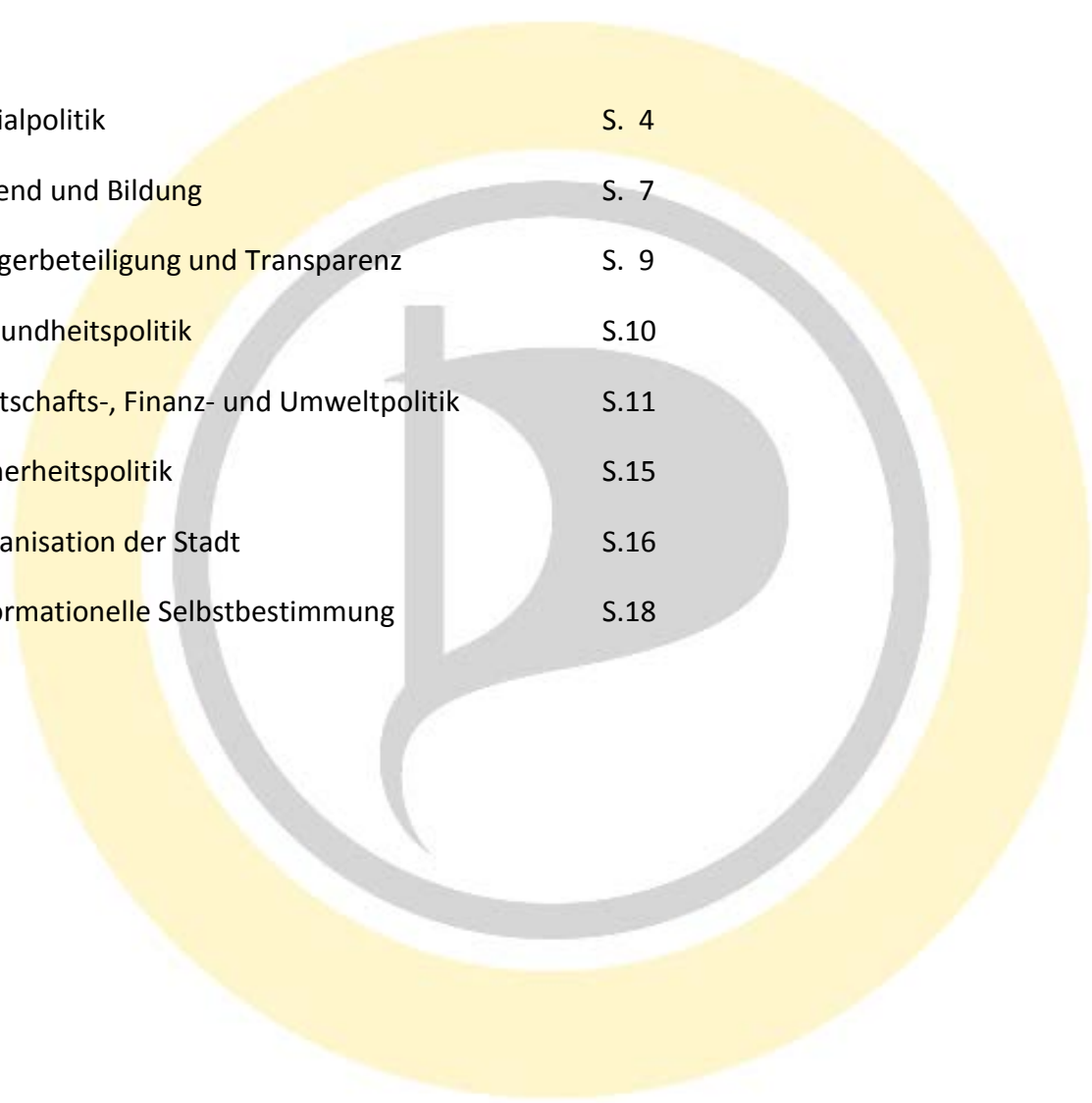


# Wahlprogramm Piratenpartei Bremerhaven

# 2019

## Inhalt

Sozialpolitik	S. 4
Jugend und Bildung	S. 7
Bürgerbeteiligung und Transparenz	S. 9
Gesundheitspolitik	S.10
Wirtschafts-, Finanz- und Umweltpolitik	S.11
Sicherheitspolitik	S.15
Organisation der Stadt	S.16
Informationelle Selbstbestimmung	S.18



# Sozialpolitik

## **Geschlechter- & Familienpolitik**

Wir PIRATEN stehen für eine zeitgemäße und gerechte Familienpolitik, die auf der freien Selbstbestimmung über das persönliche Leben beruht. Wir wollen, dass Politik der schon bestehenden Vielfalt gerecht wird. Die einseitige Bevorzugung traditioneller Rollen-, Familien- und Arbeitsmodelle muss überwunden werden. Für alle Formen der Partnerschaft – homosexuell, heterosexuell und Liebesbeziehungen zu mehr als einem Menschen – fordern wir eine eingetragene Partnerschaft und die rechtliche Gleichstellung mit der heutigen Ehe. Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder Menschen gepflegt werden, verdienen besonderen Schutz und Unterstützung. Betreuungs- und Bildungsangebote des Staates müssen Kindern kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

## **Hartz IV, Mindestlohn, BGE**

Wir PIRATEN wollen „Ein-Euro-Jobs“ und „Bürgerarbeit“ sofort stoppen und letztendlich abschaffen. Auch alle Sanktionen bei Hartz IV müssen beendet und abgeschafft werden. Erwerbstätigen muss Arbeit ein Einkommen bieten, das die Existenz sichert. Deswegen wollen wir faire und sichere Arbeitsbedingungen und einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland und Europa. Mittelfristig wollen wir jedoch eine schrittweise Veränderung des Steuer- und Sozialsystems, um ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) einzuführen. Dieses BGE soll ohne Bedingungen und ohne Bedürftigkeitsprüfung das Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe in einer globalisierten Welt umsetzen.

## **Migration: Anti-Diskriminierung und Vielfalt**

Wir PIRATEN schätzen unsere pluralistische Gesellschaft, die von der Vielfalt der Menschen lebt und die durch Migration bereichert wird. Wir stehen deshalb für ein liberales Aufenthaltsrecht mit erleichtertem Ehegattennachzug und der Legalisierung von Menschen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung. Wir müssen ihre Rechtlosigkeit und Perspektivlosigkeit beenden und ihnen ein Leben in Würde ermöglichen! Viele Menschen werden immer noch wegen ihrer Hautfarbe oder wegen anderer Merkmale diskriminiert. Die dahinter stehenden Strukturen müssen aufgedeckt, durchdacht und bekämpft werden. Diese Maßnahmen müssen wir ausreichend finanzieren.

Wir schätzen unsere pluralistische Gesellschaft, die durch Migration und Mobilität bereichert wird. Die Menschen sollen in alle Prozesse eingebunden werden, die ihre Möglichkeiten, Rechte und Pflichten betreffen. Daher wollen wir die mehrfache Staatsangehörigkeit und das Recht auf die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland. Auch Nicht-EU-Bürger sollen auf kommunaler Ebene wählen dürfen. Demokratisch gewählte Ausländerververtretungen wollen wir finanziell und personell stärken. Die staatliche Integrationspolitik muss zentral und deutlich besser organisiert werden, die Verwaltung muss sich interkulturell öffnen und die Arbeitsmarktpolitik muss Migration wertschätzen.

## **Renten- und Seniorenpolitik**

Wir PIRATEN setzen uns für eine nachhaltige Bekämpfung der Altersarmut ein. Kurzfristig soll die betriebliche Altersvorsorge neu geregelt und die Transparenz auch bei privater Altersvorsorge gestärkt werden. Das Rentensystem muss durch eine Verbreiterung der Einnahmehasis generell umgestaltet werden. Aus einer allgemeinen, alle Formen der



Altersvorsorge zusammenfassenden Rentenkasse soll jeder Mensch im Alter eine Mindestrente erhalten, die auch bei einem unüblichen oder unsteten Verlauf des Erwerbslebens eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Dazu wird diese Mindestrente regelmäßig an steigende Kosten angepasst. In einem der ersten Schritte auf dem Weg hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) wollen wir ein Grundeinkommen für alte Menschen einführen.

### **Asylrecht**

Wir PIRATEN setzen uns für eine solidarische und menschenwürdige Asylpolitik ein. Sie hat allein das Wohl der asylsuchenden Menschen zum Ziel, nicht nationalstaatliche oder wirtschaftliche Interessen. Wir befürworten offenere Grenzen statt der „Festung Europa“ und die freie Wahl des Aufenthaltsortes in der EU. In Deutschland wollen wir die Asylgründe erweitern und die Hürden für eine Aufenthaltserlaubnis senken. Wir wollen menschenwürdige und dezentrale Unterkünfte schaffen und barrierefreien Zugang zu Bildung, Kultur, Sprachkursen und modernen Kommunikationsmedien sicherstellen. Wir wollen keine diskriminierenden Sondergesetze, sondern echte Existenzsicherung, ein faires Asylverfahren, einfachere Behördengänge und das Ende von Abschiebungen und Abschiebehaft.

### **Mieten**

Wir PIRATEN wollen bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen. Wenn Menschen aus ihren Wohnvierteln verdrängt werden, hat das weitreichende negative Folgen. Diese Spirale sozialer Verdrängung (Gentrifizierung) wollen wir aufhalten – durch bessere Planung, umfassende Beteiligung der Betroffenen und dadurch, dass wir soziale Aspekte stärker berücksichtigen. Um vielfältige Wohnviertel zu erhalten, sind alters- und familiengerechter Sozialer Wohnungsbau und verstärkter genossenschaftlicher Wohnungsbau unabdingbar. Wir wollen Modernisierungsumlagen abschaffen und die finanziellen Belastungen durch energetische Sanierungen bei Neuvermietung und Grundmieterhöhung begrenzen. Das Gleichgewicht zwischen Eigentümer- und Mieterinteressen wollen wir durch Stärkung der Mieterrechte wieder herstellen.

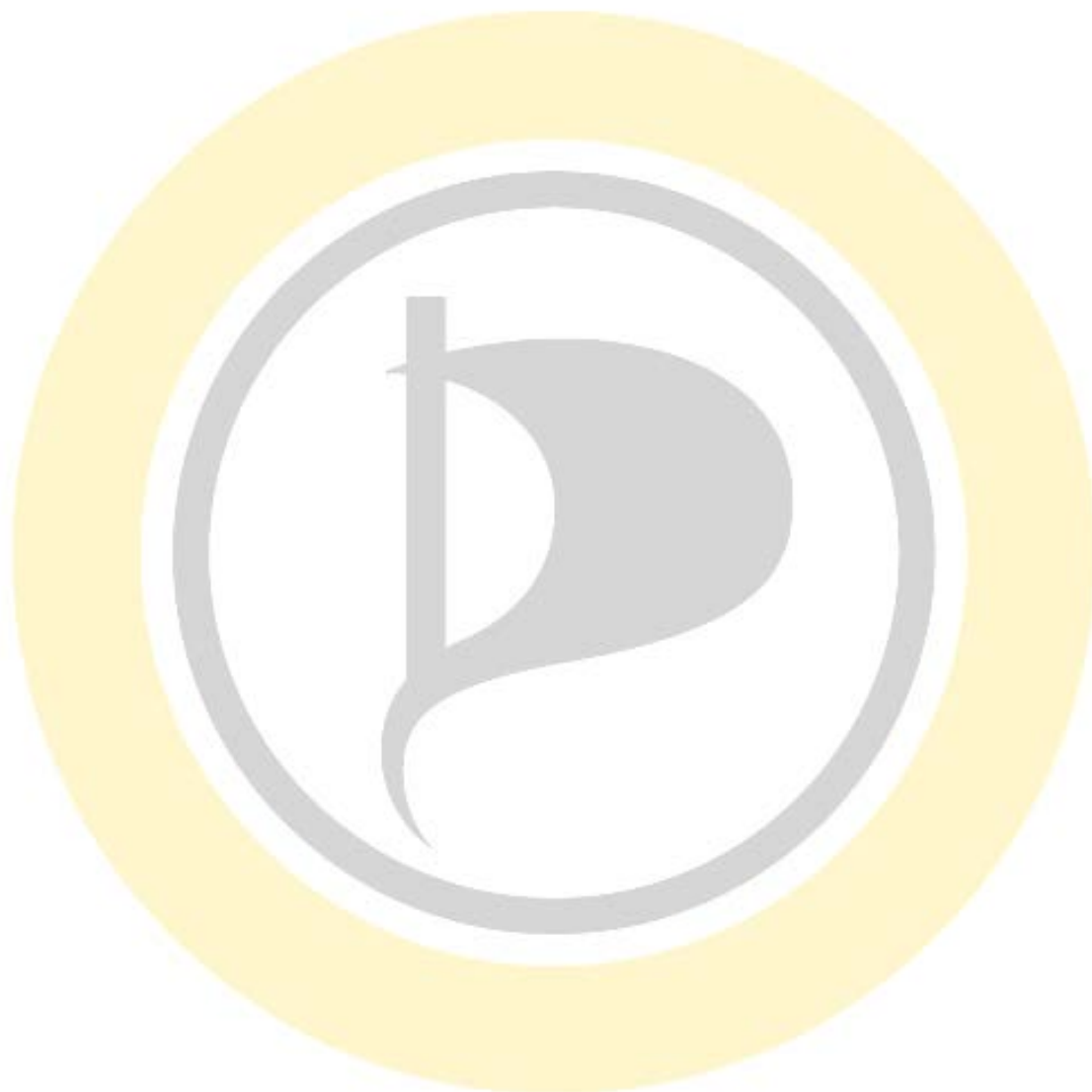
### **Für Bremerhaven/Bremen fordern wir:**

Bremerhaven ist eine der Kommunen mit der im Schnitt ärmsten Bevölkerung. Wir wollen mit unserer Politik den Menschen dieser Stadt Teilhabe ermöglichen und Lebensqualität zurückgeben.

- Die PIRATEN Bremerhaven wollen, dass ein Sozialticket für das Stadtgebiet Bremerhaven zu einem bezahlbaren Preis eingeführt wird. Dieses soll Mobilität und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.
- Mit Regierungsbeteiligung auf Landesebene werden wir uns im Bundesrat für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens stark machen. Insbesondere ein Kindergrundeinkommen / Altersgrundeinkommen sind bereits machbar und müssen umgesetzt werden.
- Wiederaufnahme des sozialen Wohnungsbaus im gesamten Stadtgebiet um einer Ghettoisierung (z. Bsp. Lehe oder Geestemünde) zu verhindern. Insbesondere müssen auch

wieder mehr große Wohnungen gebaut werden für kinderreiche Familien, der bisherige Rückbau auf 2-3-Zimmer-Wohnungen muss gestoppt werden.

- Wir fordern eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung im Bereich Migration um eine bessere Integration und dezentrale Unterbringung zu ermöglichen. Großunterkünfte für mehrere hundert Flüchtlinge schaffen Probleme in der Integration und dem Miteinander der Einwohner und daher lehnen wir dies ab. Außerdem fordern wir einen offenen Umgang mit Migranten und Flüchtlingen um das Miteinander zu stärken.



# Jugend und Bildung

## **Bildung und Forschung**

Wir PIRATEN vertreten das Recht jedes Menschen auf freien Zugang zu Information und Bildung. Deshalb lehnen wir Bildungsgebühren ab und fordern eine bessere Finanzierung des Bildungssektors. Das muss bei einer vielfältigen frühkindlichen Bildung beginnen. Für die Schulzeit setzen wir auf individuelle Bildungswege und Lernformen. Wir wollen selbstständiges und länger gemeinsames Lernen aller Schüler\*innen in demokratischen und transparent organisierten Bildungseinrichtungen. Die berufliche Ausbildung nach dem dualen System wollen wir erhalten aber reformieren, den Bologna-Prozess der Hochschulen müssen wir untersuchen und die offenkundigen Mängel beheben. Die Erwachsenenbildung als Teil des lebenslangen Lernens fördern wir. Wir unterstützen auf allen Ebenen die Nutzung freier und offener Lehr- und Lernmaterialien.

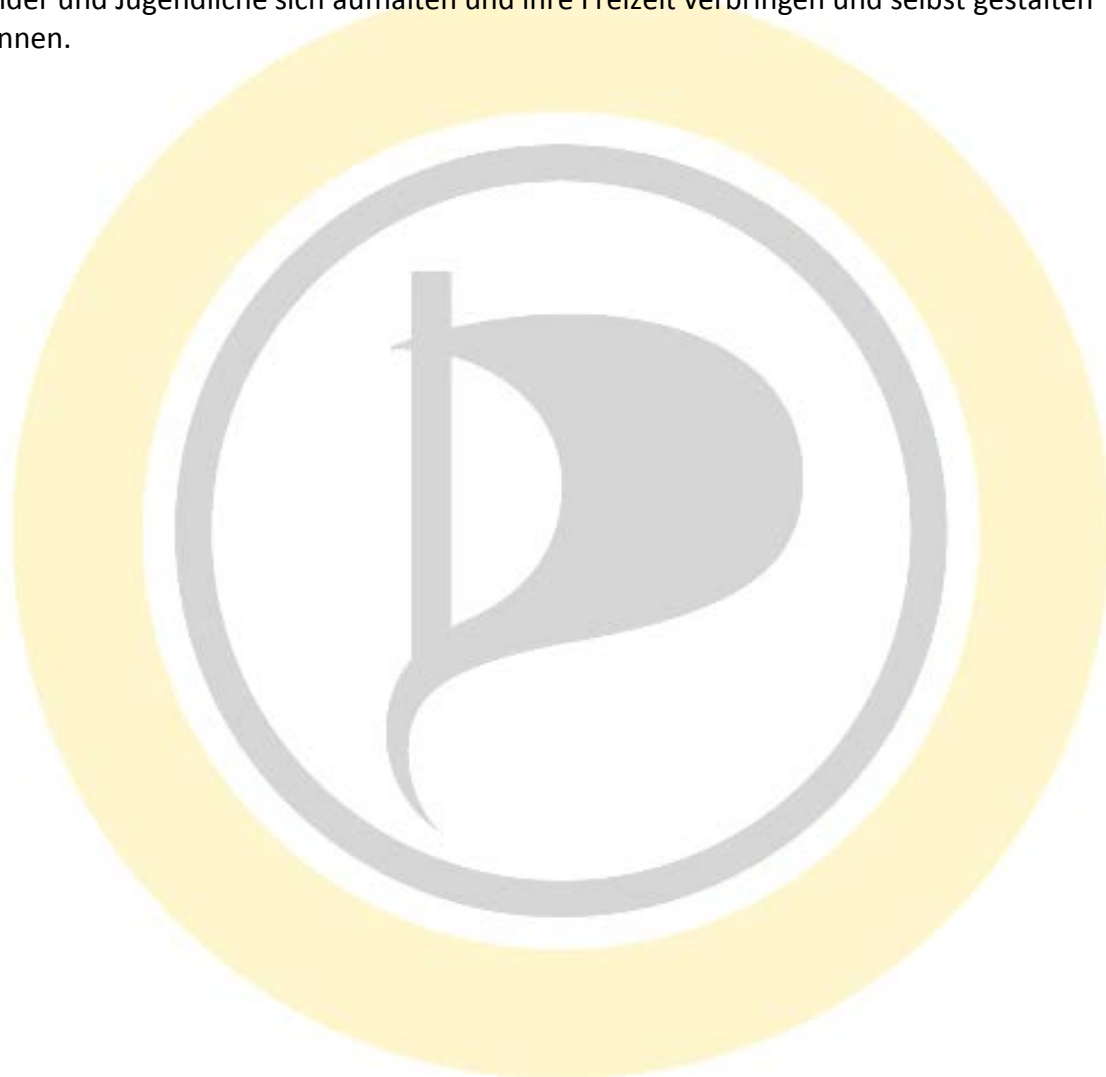
## **Inklusion**

Wir PIRATEN stehen für Inklusion und Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen. Jedes Kind – mit und ohne besonderen Förderbedarf – soll wohnortnah und barrierefrei eine Schule seiner Wahl besuchen können. Weltanschauliche Neutralität soll die Inklusion aller Glaubensgemeinschaften ermöglichen. Die Stadtentwicklung, der Wohnungsbau und die sozialen Infrastrukturen müssen ebenso wie der öffentliche Nahverkehr barrierearm, kindergerecht und altersgerecht ausgestaltet werden. Die Arbeitsmarktpolitik muss auch auf die Inklusion von Menschen mit körperlichen und psychischen Störungen ausgerichtet werden. Wir fordern eine inklusive Asyl- und Migrationspolitik mit dem Ziel einer inklusiven Gesamtgesellschaft.

## **Für Bremerhaven/Bremen fordern wir:**

- Die Abschaffung von Studiengebühren im Land Bremen
- Für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik ist es wichtig die Kapazitäten der Hochschule Bremerhaven auszubauen und noch stärker mit lokal vorhandenen Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsbetrieben zu verzahnen.
- Vollständig beitragsfreie Kindergärten für Kinder ab 3 Jahren
- Uneingeschränkte Wahlfreiheit der Eltern bei der Schulwahl
- Der Bereich "Medienkompetenz" muss stärker in den Lehrplänen umgesetzt werden.
- Tatsächliche Lehrmittelfreiheit in Bremerhaven.  
Das bisherige Prinzip der Leihgabe von Büchern hat sich als ungenügend erwiesen. In vielen Fächern muss weiterhin von Eltern Literatur erworben werden, die Unterrichtsgrundlage ist. Wir wollen, dass diese Unterrichtsmaterialien ebenso gestellt werden. Ein Verhindern echter Lehrmittelfreiheit ist die Verhinderung von Bildung.
- Verbesserung der Unterrichtsqualität in Bremen.

- Wir fordern eine besser personelle und finanzielle Ausstattung zur Umsetzung der Inklusion.
- Kinder- und Jugendbeteiligung muss endlich ernsthaft umgesetzt werden und darf nicht weiterhin eine Scheinbeteiligung sein. Dazu muss ein entsprechendes Budget bei Vorhaben eingeplant werden um die Ergebnisse aus den Beteiligungsverfahren auch umsetzen zu können.
- Es müssen wieder mehr Freizeiteinrichtungen geschaffen werden, insbesondere in Stadtteilen in denen momentan keine adäquaten Einrichtungen vorhanden sind, an denen Kinder und Jugendliche sich aufhalten und ihre Freizeit verbringen und selbst gestalten können.





# Bürgerbeteiligung und Transparenz

## **Beteiligung / Mitbestimmung**

Wir PIRATEN wollen die Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Menschen in unserer Demokratie steigern. Bei Wahlen wollen wir die Einführung von offenen Listen, auf denen für konkrete Listenbewerber\*innen gestimmt werden kann. Die von der jeweiligen Partei vorgegebene Reihenfolge kann damit verändert werden (Kumulieren und Panaschieren). Die Meinungen der Bürger\*innen zur Verwendung der Finanzen sollen bei der Aufstellung des Haushalts in einem bundesweiten, geregelten Verfahren berücksichtigt werden (Bürgerhaushalt). Da die direkte Demokratie die Politik erheblich bereichern kann, setzen wir uns für die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene ein.

## **Politische Transparenz / Antikorruption**

Wir PIRATEN wollen den demokratischen Prozess schützen und die Grundlagen von Entscheidungen transparent machen. Dazu fordern wir, dass offengelegt wird, wie Interessenverbände und Lobbyist\*innen politische Entscheidungen beeinflussen. Deswegen wollen wir ein Lobbyregister für den Bundestag schaffen. Der Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung muss erweitert und verschärft, die Transparenz- und Nebeneinkunftsregeln für Abgeordnete müssen strenger werden. Ausgeschiedene Spitzenpolitiker\*innen sollen im Bereich ihrer ehemaligen Zuständigkeit nicht innerhalb kurzer Zeit die politische Interessenvertretung für Unternehmen und Verbände übernehmen. Die Finanzierung politischer Veranstaltungen durch Unternehmen (politisches Sponsoring) soll transparenter geregelt werden.

## **Für Bremerhaven/Bremen fordern wir:**

Der Ausbau der Bürgerbeteiligung und Erweiterung der staatlichen Transparenz sind Grundprinzipien der Piratenpartei. Wir wollen auf Kommunal- und Landesebene mit unserer Politik für eine echte Bürgerbeteiligung und eine echte staatliche Transparenz sorgen. Die Bevölkerung soll nicht nur informiert werden durch staatliche Stellen, sondern auch ergebnisoffen Projekte mitgestalten können.

- Wir wollen eine grundsätzlich ergebnisoffene Bürgerbeteiligung bei städtischen Vorhaben und Projekten, z.B. nach Vorbild des „Heidelberger Modells“ und einer Vorhabenliste.
- Wir wollen einen LiveStream / Liveübertragung der Stadtverordnetenversammlung in Ton und Bild mit anschließender zeitnaher Speicherung und Bereitstellung im Internet. Die aktuelle Lösung ist nicht ausreichend.
- Wir wollen einen Bürgerentscheid herbeiführen, der den Status der Stadtbremischen Häfen von den Bürgern Bremerhavens neu klärt. Durch eine Rückführung der Hafengebiete in das Stadtgebiet Bremerhavens erhält die Stadt ihre Souveränität zurück und ist dadurch langfristig nicht im heutigen Maße auf das Goodwill der Bremer Stadtregierung angewiesen.
- Wir wollen mit der Bevölkerung über den Verbleib Bremerhavens im Bundesland Bremen oder einem Wechsel in das Bundesland Niedersachsen ergebnisoffen diskutieren.

# Gesundheitspolitik

## Gesundheitspolitik

Wir PIRATEN orientieren uns am Wohl der Patient\*innen, ohne die Leistungserbringer\*innen und Dienstleister\*innen im Gesundheitswesen zu vernachlässigen. Ziel ist es, medizinische und psychosoziale Hilfe zu gewährleisten, eine Behandlung zu garantieren, wo diese nötig ist, um die Gesundheit der Menschen zu erhalten. Dazu bedarf es verstärkter Transparenz und einer Stärkung der Patientenvertretung. Überversorgung soll abgebaut, Unterversorgung vermieden und Fehlversorgung beendet werden. Die Versorgungsforschung und gesundheitliche Bildung muss ausgebaut werden. Wir lehnen aus Datenschutzgründen die elektronische Gesundheitskarte in aktueller Form ab. Die Finanzierung des Gesundheitssystems ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

## Drogen- & Suchtpolitik

Wir PIRATEN wollen eine selbstverantwortliche Genusskultur ohne Vorurteile. Durch frühe Aufklärung wollen wir zu einem verantwortungsvollen Konsum befähigen. Wir fordern ein bundesweites Aufklärungskonzept und den Ausbau von Präventions- und Therapieangeboten, die auf die jeweiligen Zielgruppen zugeschnitten sind. Werbung und Sponsoring für alle Produkte, die süchtig machende Stoffe enthalten, sollen verboten werden. Der private Konsum soll entkriminalisiert, die Rechte von Drogenkonsument\*innen sollen gestärkt werden. Wir sind gegen Willkür beim Führerscheinentzug, gegen die Einschränkung von E-Zigaretten und gegen verdachtsunabhängige Drogentests am Arbeitsplatz. Nur dort, wo die Schutzrechte anderer berührt sind, dürfen die Freiheitsrechte Einzelner eingeschränkt werden.

## Für Bremerhaven/Bremen fordern wir:

### - Freigabe weicher Drogen

Eine moderne verantwortungsvolle Drogenpolitik steht im klaren Widerspruch zu bisheriger Verbotspolitik. Studien zeigen, dass sanfte Drogen ein wesentlich geringeres Suchtpotenzial als bereits legal erwerbliche Produkte wie z.B. Tabakwaren besitzen. Eine Kriminalisierung weicher Drogen fördert nur den illegalen Handel. Wir wollen eine legalisierte, staatlich kontrollierte Abgabe weicher Drogen, um dem illegalen Handel zu unterbinden und staatlichen Kontrolle zu ermöglichen. Demgegenüber wollen wir keine Freigabe synthetischer oder harter Drogen.

# Wirtschafts-, Finanz- und Umweltpolitik

## Wirtschaft

Wir PIRATEN verfolgen eine freiheitliche und soziale Wirtschaftspolitik, deren Ziel die selbstbestimmte Entfaltung und das Wohlergehen aller Menschen ist. Das ist nicht gleichbedeutend mit Wachstumspolitik. Vollbeschäftigung halten wir weder für zeitgemäß noch für sozial wünschenswert. Stattdessen wollen wir alle Menschen gerecht am Gesamtwohlstand beteiligen. Der Staat muss sicherstellen, dass auch im freien Markt die Menschenwürde respektiert wird. Daher wollen wir eine stärkere Demokratisierung der Wirtschaft. Die Rechte der Konsument\*innen gegenüber den Anbieter\*innen wollen wir stärken. Die zunehmende weltweite Vernetzung ist für uns grundsätzlich eine positive und bereichernde Entwicklung. Wir setzen uns weltweit für einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen ein.

## Kunst/Kultur, Urheberrecht & Patentrecht

Wir PIRATEN wollen größere Freiräume für Kulturschaffende. Alle Menschen sollen frei von Barrieren an Kultur teilhaben können. Wir setzen uns für eine demokratische und transparente Kulturpolitik ein. Angepasst an den digitalen Wandel treten wir für ein Gleichgewicht zwischen Kulturschaffenden, Rechteinhaber\*innen und -verwerter\*innen, Nutzer\*innen und Allgemeinheit ein. Das Recht auf Privatkopie, Remix und Mashup muss erleichtert werden. Außerdem setzen wir uns für eine Reform des Patentrechts und mehr Innovation und Freiheit ein. Der Patentvergabeprozess muss demokratischer und transparenter werden. Langfristig streben wir die Aufgabe des Patentwesens zugunsten von Fortschritt an, der durch Wettbewerb bestimmt wird.

## Bauen und Verkehr

Wir PIRATEN wollen auch kommenden Generationen Lebensqualität und Wohlstand sichern. Deswegen wollen wir neue Lebensräume und neue Mobilität aktiv gestalten. Bei der Stadt- und Regionalentwicklung, die flächen- und umweltschonend sein soll, müssen die Menschen breite Möglichkeiten zur Mitgestaltung haben. Verkehrsinfrastrukturen dürfen nicht privatisiert werden. Ihr Unterhalt und ihr Neubau müssen nach gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Maßstäben erfolgen. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss weiter ausgebaut und umfassend barrierearm gestaltet werden. Daher wollen wir den Fahrscheinlosen ÖPNV breit testen und unterstützen alternative, verbrauchsarme Konzepte zur Verringerung des Verkehrsaufkommens.

## Umweltschutz / Tierschutz

Wir PIRATEN setzen uns für einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen und für eine konsequente Gesetzgebung zum Klimaschutz ein. Der Zertifikatehandel ist wirkungslos, stattdessen fordern wir zur Senkung von Emissionen Maßnahmen wie etwa Energiesteuern. Wir fordern ein Umweltgesetzbuch und Maßnahmen zum Gewässerschutz. Fracking lehnen wir als umweltschädigend ab. Um den Tierschutz zu stärken, befürworten wir ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen, setzen uns für höhere Mindeststandards in der Nutztierhaltung ein und lehnen eine industrielle Massentierhaltung ab. Im nichtmedizinischen Bereich lehnen wir Tierversuche ab und wollen auch sonst alternative Forschungsmethoden fördern.

## **Energie**

Wir PIRATEN möchten die Energiewirtschaft zu einem nachhaltigen, umweltschonenden, dezentralen und transparenten System umbauen. Ziel ist es, preisgünstige und umweltfreundliche Energie bereitzustellen, um auch in Zukunft eine hohe Lebensqualität zu ermöglichen. Wichtig sind dabei Effizienz, der Verzicht auf unnötigen Verbrauch und die soziale Verträglichkeit. Wir stehen für die Umstellung von endlichen Energieträgern auf generative Energiequellen wie Wind-, Sonnen- und Wasserkraft sowie heimisch erzeugte regenerative Energiequellen wie Biomasse. Wir stehen für einen zeitnahen Atomausstieg. Zusätzlich werden wir Maßnahmen zur Energieeinsparung fördern und die Erforschung von Energiespeichern intensiv unterstützen. Diese Energiewende muss solidarisch finanziert werden.

Wirtschaftliche Entwicklung und Infrastruktur sind eng verzahnt. Fehlplanungen auf Infrastrukturseite führen zu erheblichen Verlusten in der Wirtschaft und auch zu einem Verlust von Arbeitsplätzen. Bremerhaven hatte in der Vergangenheit mit der Werftenkrise und dem Verlust von verarbeitenden Betrieben mehrere einschneidende Wandlungen im Bereich der Wirtschaft erlebt und leidet bis heute unter den weitreichenden Folgen. Politische Entscheidungen haben einen erheblichen Einfluss darauf, wie Krisen verlaufen. Das beste aktuelle Beispiel ist die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands im Euroraum, die zu einem kompletten wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes und Massenarbeitslosigkeit geführt haben. Aus diesem Zusammenhang lernen wir, dass kein Land alleine durch Sparen sich aus einer Krise retten kann, ebenso wenig führen Subventionen nach dem Gießkannenprinzip zu einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung. Es ist entscheidend den Soverän, die Bevölkerung, durch frühzeitige Bürgerbeteiligung in Entscheidungsprozesse einzubinden.

## **Für Bremerhaven/Bremen fordern wir:**

- Für eine moderne Wirtschaft ist der Breitbandausbau unerlässlich, Bremerhaven hängt im Breitbandausbau hinter anderen Gebieten Deutschlands her. Breitbandausbau darf allerdings nicht allein der Wirtschaftsförderung dienen sondern muss im Interesse aller Einwohner geplant und umgesetzt werden, damit eine Teilhabe im digitalen 21.Jahrhundert gewährleistet wird.
- Strom-, Wasser- und Gasnetz sind wichtig für die Daseinsversorgung, wir planen die Rekommunalisierung der Netze.
- Ebenfalls wichtig ist die Schaffung von kostenlosen W-Lan Zugängen und Freifunknetzwerken im Stadtgebiet zur Förderung der mobilen digitalen Kommunikation.
- Im Bereich der Windindustrie rennen wir unseren Nachbarn in Blexen und im Cux-Land hinterher. Der Offshore-Terminal kommt viel zu spät, um diesen Wettbewerbsnachteil wieder auszugleichen und wird zu einem Millionengrab, wir bevorzugen eine Lösung mit bestehenden Mittel des Containerterminals, das schon heute für das Verladen von Teilen genutzt wird. Ein zusätzliches Standbein im Containerterminal sichert zudem das Terminal gegen Einbrüche im Containermarkt ab, wie wir sie in den letzten Jahren gesehen haben.



Ein Offshore-Terminal (OTB), das von der Wirtschaft selbst nicht gebaut wird, weil es unrentabel ist, sollte für die Planer ein Warnsignal sein und Anstoß, nach Alternativen zu suchen.

- Eine Vollautomatisierung des Containerterminals lehnen wir ab. Der Containerterminal ist ein wichtiger Arbeitgeber unserer Stadt, ebenso ist es eine kritische Verkehrsinfrastruktur in einer vernetzten Welt. Ein von Menschen betriebener Terminal ist weniger anfällig für Cyberattacken.
- Zur Stärkung des lokalen Handwerks werden wir ungeeignete Qualifizierungs- und Integrationsmaßnahmen zurückfahren, die zu Verdrängungseffekten in diesem Bereich führen.
- Wir wollen die Ansiedlungspolitik in der Form verändern, dass das Augenmerk verstärkt auf Unternehmen des Mittelstands ausgerichtet wird. Großunternehmen wie sie in der Windkraft üblich sind oder wie z. Bsp. Ikea oder Obi führen nicht zu signifikant höheren Gewerbesteuerertrag und die dort geschaffenen Arbeitsplätze sind eher im Niedriglohnbereich angesiedelt.
- Die Piratenpartei Bremerhaven setzt sich für eine eigenständige Energieversorgung der Stadt Bremerhaven ein. Zur Erreichung dieses Ziels sollen bei der Sanierung von Heizanlagen mit einer Größe über 20 KW von stadteigenen oder hierzu zählenden Gebäuden oder deren Neuanschaffung ausschließlich Blockheiz-Kraftwerke installiert werden, um so sukzessive eine eigenständige Energieversorgung herzustellen und unabhängig von Drittanbietern zu werden.
- Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geht prinzipiell von der Freiheit des einzelnen Bürgers aus, die nur dort eingeschränkt werden darf, wo es unbedingt erforderlich und unvermeidbar ist. Hierbei trägt der Gesetzgeber die uneingeschränkte Beweislast. Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden in Deutschland wie der Industrie- und Handelskammer, den Handwerkskammern, Berufsverbänden oder auch der Arbeitnehmerkammer im Land Bremen ist ein Beispiel für unnötige Bürokratie. Wir setzen uns für ein Ende der Zwangsmitgliedschaft in diesen Verbänden und Kammern ein.
- Wir wollen den Ausbau der Deponie Grauer Wall in der jetzt geplanten Form stoppen. Die BEG verfügt allerdings über eine gültige Betriebsgenehmigung, daher ist ein lautes Schreien nach einem Ausbaustopp keine Lösung. Der für uns gangbare Weg ist die Rekommunalisierung der BEG und somit eine bessere Handlungsmöglichkeit der Stadt.
- Für uns ist der Erhalt der bestehenden Natur- und Landschaftsschutzgebiete von entscheidender Bedeutung. In Bremerhaven wurden in den letzten Jahren hunderte Hektar naturnaher Gebiete planiert und betoniert ohne Rücksicht auf unsere langfristige Zukunft. Dies wurde immer mit dem Argument "Es geht um Arbeitsplätze" durchgesetzt. Bremerhaven führt trotzdem seit Jahren die Arbeitslosenstatistik von hinten an, daher ist diese Politik als gescheitert anzusehen und ein Umdenken notwendig.



- Wir fordern einen unangetasteten Erhalt der FFH-Gebiete "Unterweser" und "Weser bei Bremerhaven"! Ein Eingriff in dieses wichtige Naturschutzgebiet durch den Bau des OTBs wird von uns nicht unterstützt.
- Wir wollen die Personalstärke der Gewerbeaufsicht und des Umweltamtes erhöhen, damit diese ihre Kontrollfunktionen über Betriebe ausüben können und gesetzliche Rahmenbedingungen eingehalten werden. Der gesetzliche Rahmen muss angepasst werden, damit eine tatsächliche präventive Kontrolle ermöglicht wird.
- Die Wiedereinführung der Straßenbahn als ökologisches Nahverkehrssystem soll vorrangig in die Verkehrsleitplanung aufgenommen werden.
- Umstellung des städtischen Fuhrparks auf E-Mobilität bzw. alternative Antriebstechnologien zur Verringerung des CO<sup>2</sup>-Austosses. Für den Verkehr innerhalb der Stadt sind alternative Antriebstechnologien völlig ausreichend.
- Reduzierung/Abschaffung/Reform des Solidarpaktes (Aufbau Ost)  
Eine Verteilung von Geldern nach Himmelsrichtungen ohne Notwendigkeit führen zu nicht zielführender Verwendung. Im Gegensatz zum Länderfinanzausgleich, bei dem ein echter Solidaritätsgedanke im Hintergrund besteht, ist der Solidarpakt (Aufbau Ost) ein Relikt aus den Wendejahren. Die Zahlungen führten zu einer Kannibalisierung von Infrastruktur, vor allem in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen. Die freiwerdenden Mittel sollen in Schuldenabbau und vor allem in die Modernisierung von Infrastruktur (Schulen, städt. Krankenhäuser, Straßen, andere öffentliche Gebäude) fließen.
- Abschaffung des Solidaritätszuschlags  
Wir wollen die Abschaffung des Solidaritätszuschlages („Soli“). Das Geld soll wieder den Einwohnern direkt zustehen und den lokalen Konsum fördern.

## Sicherheitspolitik

Mit einer erschreckenden Geschwindigkeit wurde das Recht auf Privatsphäre in den letzten Jahren zu Gunsten einer unwirksamen Sicherheitspolitik eingeschränkt.

Systeme und Methoden, die der Staat gegen seine Bürger einsetzen kann, müssen der ständigen unabhängigen Bewertung und genauen Prüfung unterliegen. Wenn die Regierung Bürger beobachtet, ohne dass sie eines Verbrechens verdächtig sind, ist dies eine fundamental inakzeptable Verletzung des Bürgerrechts auf Privatsphäre.

Die pauschale Verdächtigung und anlasslose Überwachung aller Bürger hat generell zu unterbleiben. Eine als ‚präventive Strafverfolgung‘ verschleierte Abschaffung der Unschuldsvermutung lehnen wir unbedingt ab.

Die flächendeckende Überwachung des öffentlichen Raums durch Videokameras oder andere Maßnahmen darf nicht zugelassen werden. Wir setzen uns für ein allgemeines Verbot der Überwachung des öffentlichen Raums ein, von dem nur einzelne, richterlich angeordnete Ausnahmen zulässig sind.

Jedem Bürger muss das Recht auf Anonymität garantiert werden, das unserer Verfassung innewohnt. Die Weitergabe personenbezogener Daten vom Staat an die Privatwirtschaft hat in jedem Falle zu unterbleiben.

### **Für Bremerhaven/Bremen fordern wir:**

- Menschen statt Kameras.

Eine flächendeckende, anlasslose Überwachung des öffentlichen Raumes lehnen wir ab, durch Kameras werden keine Straftaten verhindert. Nur Polizeiarbeit und ein funktionierendes Justizsystem sorgt für eine echte Verbesserung der Sicherheit. Wir fordern daher mehr Polizisten, Richter für Straf- und Jugendgerichtsbarkeit und mehr Staatsanwälte. Studien zeigen, dass nur eine effektive und schnelle Strafverfolgung mit einer schnellen Gerichtsverhandlung zu einem Präventionseffekt führt. Die aktuelle Personallage in Stadt und Land führt zu einem Verfahrensstau, der die Zeit zwischen Tat und Urteil zu lang werden lässt.

- Um schon den Ursachen von Kriminalität entgegenzuwirken, wollen wir den Schwerpunkt unserer Sicherheitspolitik auf die Förderung von Kriminalpräventionsmaßnahmen und –projekten legen, deren Wirksamkeit – anders als bei Überwachungsmaßnahmen – wissenschaftlich erwiesen ist (z.B. Präventionsprojekte mit Jugendlichen aus sozial gefährdeten Familien). Besonders wichtig ist uns dies bei Kindern und Jugendlichen. Wir wollen dazu, dass Bund und Länder eine gemeinsame Präventionsstrategie entwickeln.

- Bodycams können zur Aufklärung von Sachverhalten beitragen. Dafür bedarf es aus Sicht der Piratenpartei allerdings einer unabhängigen Stelle, welche für die Speicherung und Auswertung der so aufgezeichneten Daten verantwortlich ist um ein Ungleichgewicht in der Auswertung zu verhindern.

- Wir fordern die Unabhängigkeit der Staatsanwälte von der politischen Führung und deshalb ein Verbot des Weisungsrechtes der vorgesetzten Behörden auf Einstellung von Verfahren.

# Organisation der Stadt

## **Transparente Information über Großprojekte**

Bei der Planung und Umsetzung von Großprojekten sollen frühzeitig alle relevanten Informationen veröffentlicht werden. Daneben sollen die betroffenen Bürger angemessen und frühzeitig beteiligt werden. Bei einer Verlegung in private Rechtsformen muss diese Veröffentlichungspflicht weiterhin gewährleistet sein. Wir wollen eine offenere Kommunikation bei der Planung und Umsetzung von Großprojekten anstoßen.

## **Informationsfreiheit**

Wir PIRATEN wollen die Parlamente, die Behörden und die rechtlichen Grundlagen so umgestalten, dass sie diesem gesamtgesellschaftlichen Anspruch der Informationsfreiheit für alle Bürger Rechnung tragen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich der Staat vom Prinzip der Geheimhaltung abkehrt und ein Prinzip der Öffentlichkeit einführt, welches den mündigen Bürger in den Mittelpunkt staatlichen Handelns und Gestaltens stellt.

## **Auskunftsanspruch**

Wir wollen gewährleisten, dass jeder Bürger sein Recht durchsetzen kann, auf allen Ebenen der staatlichen Ordnung Einsicht in die Aktenvorgänge und die den jeweiligen Stellen zur Verfügung stehenden Informationen zu nehmen. Dies gilt für schriftliches Aktenmaterial ebenso wie für digitale oder andere Medien.

Ausnahmeregelungen zum Auskunftsanspruch sind eng und eindeutig zu formulieren und dürfen nicht pauschal ganze Behörden oder Verwaltungsgebiete ausnehmen. Für eine breite und effiziente Nutzung der Daten ist die Auskunftsstelle verpflichtet, Zugang in Form einer Akteneinsicht oder einer Materialkopie zu gewähren. Der Zugang soll zeitnah und mit einer klaren und fairen Kostenregelung erfolgen. Verweigerung des Zugangs muss schriftlich begründet werden und kann vom Antragsteller sowie von betroffenen Dritten gerichtlich überprüft werden lassen, wobei dem Gericht zu diesem Zweck voller Zugang durch die öffentliche Stelle gewährt werden muss.

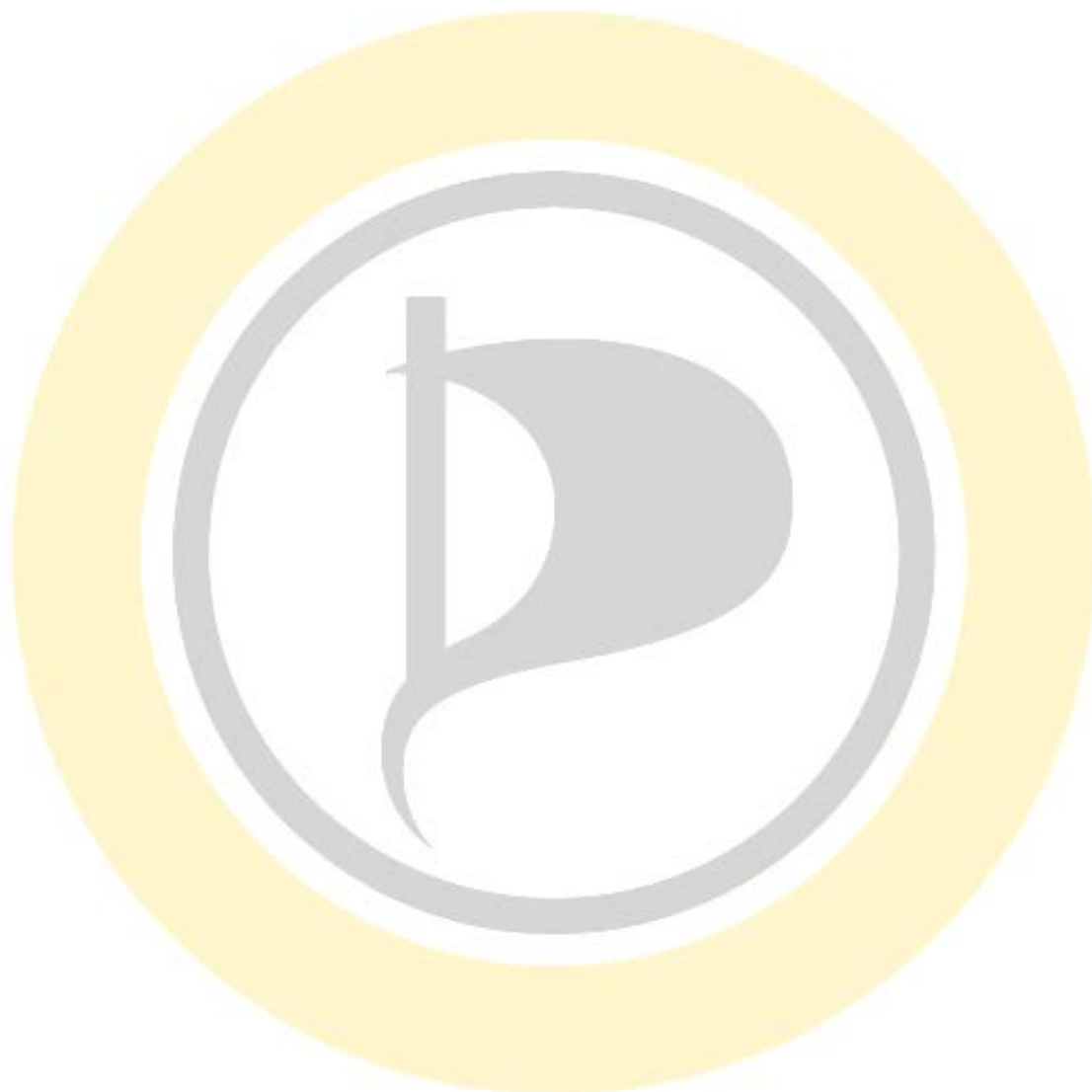
## **Religion / Säkularisierung**

Wir PIRATEN erkennen und achten die Bedeutung, die individuell gelebte Religiosität für den einzelnen Menschen erlangen kann und stehen für eine offene, freie und pluralistische Gesellschaft ein, in der verschiedene Weltanschauungen und Religionen friedlich gemeinsam leben können. Gleichzeitig befürworten wir die strikte Trennung von religiösen und staatlichen Belangen und möchten die Privilegien einzelner Glaubensgemeinschaften abbauen. Der staatliche Einzug von Kirchenbeiträgen und die Sonderstellung der Kirchen im Arbeitsrecht sind nicht gerechtfertigt. Die Erfassung der Religionszugehörigkeit durch staatliche Stellen muss beendet werden. Der gesamte Bildungsbereich muss weltanschaulich neutral sein.

## **Für Bremerhaven/Bremen fordern wir:**

- Die Piraten Bremerhaven streben die Direktwahl des Oberbürgermeisters an.
- Bürgerhaushalt  
Bremerhaven braucht einen Bürgerhaushalt, der eine offene Abstimmung und

Diskussionen von Vorschlägen ermöglicht. Er soll den Bürgern die Möglichkeit geben in Form einer öffentlichen Abstimmung zu entscheiden, wie freie Mittel vergeben werden. Auch soll der Bürgerhaushalt Bürgern die Möglichkeit geben, Sparvorschläge einzureichen.



## Informationelle Selbstbestimmung

### **Privatsphäre wahren / Datenschutz stärken**

Wir PIRATEN wollen die Privatsphäre wahren. Wir setzen uns für starken Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung ein. Wir lehnen die Durchleuchtung von Bürger\*innen ohne Verdacht und gläserne Kund\*innen ab. Wir wollen die Datenschutzbehörden stärken, fordern strengere Regeln beim Umgang mit Meldedaten und wollen eine Eindämmung des Datenhandels. Die Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsdaten und Überwachungssoftware lehnen wir ab, genau wie den großen Lauschangriff, die massiven Eingriffe in das Briefgeheimnis und in das Post- und Fernmeldegeheimnis. Die Privatsphäre muss auch in der Informationsgesellschaft gewahrt bleiben!

### **Für Bremerhaven/Bremen fordern wir:**

- Eine Melde- und Veröffentlichungspflicht bei Verlust personenbezogener Daten durch Behörden und landeseigener Gesellschaften beim Landesbeauftragten für den Datenschutz.
- Kostenlose Auskünfte nach dem Bremischen Informationsfreiheitsgesetz. Das bisherige Prinzip eine Schutzgebühr pro Blatt zu erheben, verhindert die Wahrnehmung dieses Rechts auf Information durch Menschen mit geringen Einkommen. Dieser Fehler wird durch die kostenlose Auskunft behoben. Deutschland ist keine Plutokratie.
- Eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung eines politisch und organisatorisch unabhängigen Landesbeauftragten für Datenschutz.